

Voraussetzungen für Bürgerbeteiligung am Beispiel des Dialogs um den Rückbau des Forschungsreaktors in Geesthacht

Silke Freitag

Bürger/innendialoge sind en vogue. Bei weitem nicht alle jedoch gelingen: Da verweigern Initiativen von Anbeginn einen angebotenen Dialog, weil sie ihn als »Beteiligungs-Farce« ansehen oder verlassen ein Dialog-Forum im Verlauf des Prozesses. Von Behörden und Unternehmen angebotene »Bürgerdialoge« sind leider in der Praxis zum Teil schlicht ein anderes Wort für einseitige »Bürger/inneninformation«.

In Geesthacht ist es dagegen gelungen, dass ein Betreiber im Rahmen eines freiwilligen Dialogs einvernehmlich mit Anwohner/innen sowie regionalen und überregionalen Anti-Atom-Initiativen einen Stilllegungsantrag gestellt hat und eine Übereinkunft über eine Zusammenarbeit mit einer kontinuierlichen Begleitgruppe geschlossen hat. Über Jahre sollen der Rückbau der Atomanlagen und der künftige Umgang mit dem Atommüll im Konsens vonstatten gehen. Wie kann so etwas gelingen?

Das freiwillige Angebot des Betreibers

Nachdem der Forschungsreaktor der ehemaligen GKSS (Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt) und heutigem Helmholtz-Zentrum Geesthacht (HZG) im Jahr 2010 abgeschaltet wurde, begannen die Vorbereitungen für einen Stilllegungsantrag. In diesem Zusammenhang wollte der Betreiber vor dem formalen Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung eine öffentliche Informationsveranstaltung durchführen, in der einerseits über das geplante Vorgehen informiert und andererseits Fragen der Bürger/innen und der Bürger/inneninitiativen beantwortet werden sollten. Im Mai 2012 fragte das HZG mich aus diesem Grund als Moderatorin der Veranstaltung an.

Wie kam das HZG ausgerechnet auf mich? Drei Mitarbeiter/innen des HZG hatten zwei Jahre lang an der Universität Hamburg bei mir eine Ausbildung in »innerbetrieblicher Konfliktberatung und Mediation« absolviert. Im Rahmen dieser Ausbildung hatten sie erlebt, dass ich ein Ausbildungsmodul kurzfristig an eine Kollegin abgegeben hatte, weil ich stattdessen die Sprecher/innen-Räte von Aktivist/innen von »X-tausendmal quer« in der Blockade des AKW Brokdorfs moderierte.

Die Vertreter/innen des HZG schrieben mir nun: »Wir möchten hiermit unsere offene Informationspolitik fortsetzen.« Ich habe diese Anfrage abgelehnt, weil ich einer Bürger/innenbeteiligung, die sich ausschließlich auf Information beschränkt, prinzipiell ablehnend gegenüber stehe.

Daraufhin äußerten die Initiator/innen ihr Bedauern und erläuterten genauer, was sie sich vorstellten: Sie hätten im Rahmen der Ausbildung bei mir und anderen Ausbilder/innen sehr viel gelernt und das habe ihnen »die Augen ein wenig geöffnet für die Welt, in der wir uns bewegen«. »Verstehen« sei für sie zu einem zentralen Begriff geworden, dem in der Vergangenheit nicht immer genug Bedeutung beigemessen wurde.

»Aber nun haben wir verstanden, dass unsere Veranstaltung im Herbst sich nicht auf das reine Informieren beschränken darf, sondern wir möchten verstehen, was die Menschen in unserer Region in Bezug auf unseren Forschungsreaktor und seinen Abbau in den kommenden Jahren interessiert/beängstigt/wütend macht und wir möchten gerne verstanden werden in dem, was wir für die kommenden Jahre planen, um aus unserer kern-technischen Anlage eine ›grüne Wiese‹ zu machen.«

Auf dieser Basis kam es zu einem Gespräch zwischen mir und dem HZG, indem ich erläuterte, dass ich mir lediglich vorstellen könne, einen Dialog zwischen Anwohner/innen und Initiativen einerseits und dem HZG andererseits zu moderieren, der das Ziel hätte, im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu einem *einvernehmlichen Konsens* zu gelangen. Außerdem müssten beide Seiten sich diesen Dialog wünschen. Die Geschäftsführung des HZG bat um Bedenkzeit – und sagte dann, dass sowohl die Geschäftsführung als auch der Reaktorleiter mit dem Ziel der einvernehmlichen Lösungssuche mit den Bürger/innen einverstanden seien und mich bitten würden, die Bereitschaft der Initiativen vor Ort zu klären.

Bei einem Treffen mit Vertreter/innen der örtlichen Initiativen wurde zweierlei deutlich: Zum einen große Skepsis und zum anderen der Wunsch, in einen Dialog auch über die »Altlasten« der langen Forschungsreaktortätigkeit zu sprechen, nämlich eine mögliche (Mit-)Verursachung des Kinderleukämie-Clusters rund um Geesthacht durch die Forschungsreaktoren der ehemaligen GKSS. Im Rahmen dieses Treffens wurde mir als Aktivistin der Anti-Atom-Bewegung das Vertrauen ausgesprochen, trotz einer 100%-Finanzierung meiner Tätigkeit durch das HZG ebenso parteilich für die Anwohner/innen und Initiativen zu agieren und mich nicht vom Betreiber zu manipulativen Zwecken »kaufen« zu lassen.

In Gesprächen mit einigen überregionalen Umweltverbänden wurde ebenfalls großes Misstrauen deutlich, aber es wurde auch der Wunsch geäußert zu schauen, ob denn tatsächliche Bürger/innenbeteiligung beim Thema »Atommüll« überhaupt möglich sei. Dazu müssten aber Veranstaltungen gemeinsam geplant und nicht vom HZG vorgegeben werden und es müsse sich erweisen, ob denn das HZG die Suche nach einem einvernehmli-

chen Konsens überhaupt ernst meine. Ich hatte somit als Moderatorin einen – wenn auch den Umständen entsprechend fragilen – Auftrag beider Seiten vom Helmholtz-Zentrum Geesthacht und von den Bürger/inneninitiativen.

Das HZG bekundete die Bereitschaft, die »sachorientierten Diskussionen zum Leukämie-Cluster in der Elbmarsch wie bisher in vollem Maße« zu unterstützen, und verstehe den Dialogprozess als weitere Chance, »unbegründete Vorwürfe aus dem Raum zu schaffen«. Darüber hinaus wurde das Konzept der ersten öffentlichen Veranstaltung radikal verändert: Zum einen wurden sämtliche vom HZG angedachten Referate wieder verworfen und ausschließlich ein Sachstandbericht des Reaktorleiters eingeplant, zum anderen wurde viel Zeit eingeplant, um die Bürger/innen folgende Fragen beantworten zu lassen:

- *»Was brauche ich, um Vertrauen in den Prozess zu entwickeln?«*
- *»Wo haben wir Informationsbedarf?«*
- *»Worüber wünschen wir uns Transparenz?«*
- *»Welche Probleme sehen wir?«*
- *»Zu welchen Themen sollten Dialogveranstaltungen durchgeführt werden?«*
- *»Was ist zur Vorbereitung kommender Veranstaltungen wichtig?«*

In Anlehnung an die Begleitgruppe Asse II (1) schlug ich vor, perspektivisch eine Begleitgruppe zu initiieren, der jedoch statt einer »kritischen Begleitung« des Abbaus der Anlagen die Rolle der »aktiven Mitgestaltung« des Prozesses zukommen solle.

Im Rahmen der ersten öffentlichen Veranstaltung im Oktober 2012 wurde gefragt, welche Personen sich vorstellen könnten, in einer Vorbereitungsgruppe für eine nächste öffentliche Veranstaltung mitzuarbeiten. Die Vorbereitungsgruppe bestand anfangs aus acht Personen: Mitgliedern der Geesthachter Ratsversammlung und Parteivertreter/innen von CDU, Grünen und der SPD, dem Vorsitzenden eines örtlichen Sportvereins, der Elterninitiative Geesthacht, Atomkraftgegner/innen (u.a. Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom) sowie Vertreter/innen von überregionalen Umweltorganisationen (BUND sowie Robin Wood).

Einige Personen und Initiativen (Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch, »AKW nee Bergedorf«, Vertreter des Umweltbeirats) nahmen zwar an der öffentlichen Veranstaltung teil und bekundeten mir als Moderatorin gegenüber ihr prinzipielles Interesse, aber auch ihr Misstrauen. Sie wollten zwar informiert bleiben, aber erst einmal nicht in einer Vorbereitungsgruppe mitarbeiten. Sie fanden es überstürzt, dass das HZG den Stilllegungsantrag bereits im November stellen wolle, und sahen hierin keine echte Bürger/innenbeteiligung, weil zu der grundlegenden Frage »sofortiger Abbau oder temporärer (»sicherer«) Einschluss« somit kein öffentlicher Diskurs stattfinden könne.

Alternativenvergleich statt umgehender Antragsstellung

Das HZG war von dem Wunsch einiger Initiativen, den sofortigen Abbau gegenüber dem temporären Einschluss vor Antragstellung sorgfältig abzuwägen und zu prüfen, überrascht und hatte an dieser Stelle nicht mit einem Dissens gerechnet, sondern den Wunsch nach direktem Abbau in der Bevölkerung als selbstverständlich vorausgesetzt.

Was nun? In der ersten Sitzung der Dialoggruppe (Vertreter/innen des HZG und der Vorbereitungsgruppe) wurde gemeinsam vereinbart, dass die Antragsstellung verschoben werden solle. Beide Seiten einigten sich auf eine Antragstellung im Februar 2013 mit einer vorangegangenen weiteren öffentlichen Veranstaltung unter Beteiligung eines kritischen Gutachters. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass das HZG zwar geglaubt hatte, dass die Bürger/innen-beteiligung frühzeitig begonnen wurde (nämlich deutlich vor der gesetzlich vorgeschriebenen Frist), dass jedoch eigentlich erst Vereinbarungen zur Zusammenarbeit getroffen werden müssten und dann erst der inhaltliche Diskurs begonnen werden könne.

Auf beiden Seiten war eine gewisse Pionierstimmung wahrzunehmen, sodass auf der Basis des Selbstverständnisses des HZG, das im Dialog zu einvernehmlichen Lösungen gelangen wollte, vereinbart wurde, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Der Diskurs über Abbau versus Einschluss sollte zuerst geführt werden und erst in einem zweiten Schritt über die Konstituierung einer Begleitgruppe gesprochen werden. Das Selbstverständnis einer Begleitgruppe und die Grundzüge der Zusammenarbeit sollten danach formuliert werden.

In der zweiten und dritten Sitzung stießen dann Vertreter/innen der Gruppen hinzu, die anfangs aus Skepsis fern geblieben waren. Auf Nachfrage äußerten sie, dass die Verschiebung des Termins der Antragstellung und die damit verbundene Bereitschaft des HZG, zusätzliche Kosten in Kauf zu nehmen, sie überzeugt hätten, dass das HZG es ernst meine und trotz des Machtgefälles (2) an einem Dialog und einvernehmlicher Lösungsfindung interessiert sei.

Die Vertreter/innen des HZG und der Vorbereitungsgruppe (Dialoggruppe) einigten sich in einer ihrer ersten Sitzungen darauf, ihre Treffen nicht presseöffentlich durchzuführen. Zu den öffentlichen Veranstaltungen wurde die regionale sowie überregionale Presse explizit eingeladen. Ebenso wurde vereinbart, die Ergebnisse und Vereinbarungen der Dialoggruppe in gemeinsamen Erklärungen zu veröffentlichen und die Öffentlichkeit immer wieder zu Rückmeldungen aufzufordern – über eine dafür eingerichtete E-Mail-Adresse.

Weitere Gruppen, die sich nicht an der Vorbereitungsgruppe beteiligten, wurden explizit von Mitgliedern der Vorbereitungsgruppe gefragt und eingeladen, hier insbesondere Vertreter/innen der Kirchengemeinden, die für die Angestellten des HZGs zuständige Gewerkschaft sowie Anti-Atom-Initiativen und Schüler/innen-

vertretungen. Hierbei wurde deutlich, dass diese Gruppen nicht aus Skepsis dem Prozess gegenüber fernblieben, sondern in der Regel wegen ihrer knappen zeitlicher Ressourcen.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass sich unterschiedliche Sichtweisen nicht ausschließlich zwischen den Vertreter/innen des HZG und der Vorbereitungsgruppe abbildeten, sondern auch innerhalb dieser heterogen zusammengesetzten Begleitgruppe selbst. Die Begleitgruppe benötigt unabhängig vom Dialog mit dem Betreiber Zeit für einen Austausch untereinander und damit verbunden bedarf es zusätzlicher, unabhängiger Treffen, die ebenfalls moderiert werden.

Im Januar 2013 wurden im Rahmen der nächsten öffentlichen Veranstaltung im HZG Details des Stilllegungsantrags im Hinblick auf technische und rechtliche Rahmenbedingungen, gutachterliche Verfahren sowie die Alternativenabwägung erörtert: einerseits vom Reaktorleiter und andererseits von einem gemeinsam von den Dialogpartnern benannten, vom HZG finanzierten Experten, Wolfgang Neumann.

Über die Homepage des HZG konnte auch die nichtanwesende Öffentlichkeit die Folien zu den Vorträgen herunterladen. Im Anschluss an die öffentliche Veranstaltung verfasste Wolfgang Neumann ein Gutachten zur Frage »Abbau versus Einschluss« sowie zu anderen Fragen, die den Abbau betreffen. Hierzu fand ein Treffen zwischen der Dialog-Gruppe und dem Experten statt, um die Fragen zu stellen, und anschließend zwei Treffen zur Erläuterung des Gutachtens. Auch dieses wurde wiederum zum Download öffentlich zur Verfügung gestellt.

Auf der Basis dieses Austauschs wurde im März 2013 im Konsens beschlossen, den Stilllegungsantrag zum sofortigen Abbau zu stellen und die Option eines Teileinschlusses des Reaktorbeckens weiterhin mittels Gutachten durch einen Statiker prüfen zu lassen. Außerdem wurden relevante Themen für die Zukunft benannt: z.B. Lagerung der Abfälle, Konditionierung, Emission während des Abbaus, Freigabe der Abfälle.

Im Kontext des Dialogs ging es jedoch auch immer wieder um das wechselseitige Verständnis vom Symbolcharakter von Worten. In einer Presseerklärung heißt es deshalb beispielsweise: *»Als ein weiteres Ergebnis des gemeinsamen Dialogs verzichtet das HZG künftig auf den Begriff Rückbau zur ›Grünen Wiese‹. Diese Formulierung erweckt den falschen Eindruck, dass der Betrieb und Rückbau der Anlage keine Spuren hinterlasse. Es bleiben aber radioaktive Abfälle, die für lange Zeit Risiken darstellen und einen sicheren und verantwortungsvollen Umgang erfordern.«*

Vereinbarungen über die Zusammenarbeit

Im Frühjahr und Sommer 2013 beschäftigte sich die Dialoggruppe dann mit dem, was am Anfang eines jeden Dialog-Prozesses stehen sollte: der Formulierung der Leitlinien ihrer Zusammenarbeit. Das HZG und die Be-

gleitgruppe formulierten jeweils ihr Selbstverständnis und gemeinsam verständigten sie sich in der Dialoggruppe auf die »Grundzüge der Zusammenarbeit«. In diesen Grundzügen steht beispielsweise:

»Mitgestaltung und Konsens: Der Dialogprozess strebt an, im Konsens zwischen Begleitgruppe und HZG unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen einvernehmliche Lösungen zu entstehenden Anforderungen und Maßnahmen zur Stilllegung des FRG1 sowie dem Abbau der kerntechnischen Anlagen des ehemaligen GKSS-Forschungszentrums zu finden.«

Bedeutend an dieser Passage ist der erklärte Wille aller Beteiligten, konsensual zu arbeiten. Tatsächlich wurden die Entscheidungen in der Dialoggruppe ausschließlich im Konsens getroffen. Ein einziges Mal wurde bislang aus Zeitknappheit bei einem aus Sicht aller Beteiligten nicht so relevanten Punkt nach dem Mehrheitsprinzip abgestimmt.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Anerkennung der Rahmenbedingungen dieses Dialogverfahrens: das Atomrecht. Immer wieder wurde im Rahmen des Dialogs geklärt, wer denn das Konfliktgegenüber ist: Wo ist das HZG das Konfliktgegenüber? Wo ist es die Atomaufsicht Schleswig-Holsteins oder die Bundesregierung als gesetzgebende Instanz?

Der Dialog bewegt sich in einem gesellschaftlichen Kontext und einige der Probleme können nicht in Geesthacht, sondern nur gesamtgesellschaftlich geklärt werden. So schreibt die Begleitgruppe in ihrem Selbstverständnis: *»Die Begleitgruppe ist sich bewusst, dass sie in dem Dialog mit dem HZG über die Stilllegung der Atomanlagen und den Umgang des dabei anfallenden Atommülls eine hohe gesellschaftliche Verantwortung übernimmt. Nicht nur mit Blick auf die Region rund um Geesthacht, sondern auch für den verantwortungsvollen Umgang mit den Folgen der Atomenergie insgesamt. Insofern begreift sich die Begleitgruppe auch als Teil der gesellschaftlichen Debatte über einen verantwortungsvollen und einvernehmlichen Umgang mit den Folgen der Atomenergie. Denn die Frage, wo und wie der beim Rückbau der Atomanlagen der ehemaligen GKSS anfallenden radioaktiven Abfälle dauerhaft sicher gelagert werden kann, kann nicht allein in Geesthacht beantwortet werden. Dazu braucht es einen gesellschaftlichen Konsens!«*

Diese gesellschaftliche Verantwortung haben jedoch nicht nur die Mitglieder der Begleitgruppe: Die Verantwortung haben alle Beteiligten – die initiiierenden »Machthabenden« ebenso wie nicht zuletzt auch wir Moderator/innen!

Zwischenfazit der Beteiligten

Ich habe den Dialog beschrieben und versucht, übertragbare Gelingensbedingungen aus dem Prozess abzuleiten. Die Bewertung dieses Dialogs möchte ich den Beteiligten abschließend selbst überlassen:

Dr. Bernd Redecker (Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom) zieht folgendes Zwischenfazit: *»Nach einem Jahr HZG-Dialog sehe ich den größten Erfolg darin, dass ein Atomanlagen-Betreiber ein Dialog-Angebot macht und auch kritische Anti-Atom-Initiativen, wie wir vom LAgA, dieses als echte Möglichkeit der Beteiligung interpretieren und auf das Angebot eingehen können. Bei aller gebotenen Skepsis erlebe ich die Arbeit in der Begleitgruppe als einen spannenden Versuch vorzumachen, wie Bürger/innenbeteiligung beim Reaktorrückbau laufen sollte. Inhaltlich geht es aus meiner Sicht dabei auf der einen Seite um die größte mögliche Sicherheit beim »Aufräumen« im gegenständlichen Sinne und auf der anderen Seite um den Versuch, auch mit historischen Annahmen aufzuräumen, um Klarheit über mögliche militärische Forschung, Störfälle oder Mitverursachung des Leukämie-Clusters zu bekommen.«*

»Ich bin froh, dass mit diesem Dialogprozess ein Weg eröffnet worden ist, die Vergangenheit der auch umstrittenen Forschungstätigkeiten der ehemaligen GKSS zu erhellen. Ich hoffe, dass das gemeinsame Ringen um den bestmöglichen und sichersten Umgang mit den prekären Hinterlassenschaften gelingt«, sagt Bettina Boll, grüne Ratsfrau aus Geesthacht.

Dr. Iris Ulrich, Leiterin der Abteilung »Programmplanung und Controlling« am Helmholtz-Zentrum Geesthacht sagt: *»Für uns steht bei diesem Dialog das gegenseitige Verstehen ganz vorne. Durch die Gespräche mit der Begleitgruppe haben wir verstanden, wo Klärungsbedarf besteht, und wo die Sorgen der umliegenden Anwohner und mögliche Konflikte des Stilllegungsprozesses sind oder sein können. Ich finde es großartig, dass dieses Verstehen nicht nur ein einseitiger Prozess ist, sondern dass durch den transparenten Dialog viele Klarheiten geschaffen werden konnten, was unsere kerntechnische Anlage und den bevorstehenden Abbau angeht.«*

Karl-Hermann Rosell, CDU-Ratsherr in Geesthacht, benennt die Herausforderungen des Dialogs: *»In den Sitzungen fühle ich mich schon manchmal als Konfliktpartei: Da sind jahrelang geschulte Gegner, Redner, die schon öfters mal die Grenzen des Umgangs hart strapazieren und auch überschreiten. Die Ansprüche an die Moderation erfordern eher eine Mediatorin. Den Konsens zu erreichen, dazu braucht es viel Geduld, Ausdauer und Geschick – ich würde sagen, zwischen drei Fronten: den Betreibern, den harten Gegnern und den Bewohnern, die den Rückbau im Auge haben und begleiten wollen, ohne große Emotionen.«*

»Ich finde es faszinierend, wie trotz unterschiedlicher politischer und fachlicher Hintergründe innerhalb der Begleitgruppe und im Dialog mit dem HZG im Laufe des Prozesses immer mehr Verständnis für die Positionen des Anderen entstanden ist. Oftmals sind es sprachliche Feinheiten, die eine intensive Auseinandersetzung erfordern. Ein ausreichender Zeitrahmen in Verbindung mit dem starken überwiegend ehrenamtlichen Engagement der Begleitgruppe war deshalb aus meiner Sicht wichtig für den bisherigen erfolgreichen Prozess. Im Laufe des Dialoges ist dabei mehrmals deutlich geworden, dass im Rahmen der gesetzlichen Bedingungen alle Beteiligten an einem Strang ziehen: Sicherheit steht dabei stets an ober-

ter Stelle«, so Dr. Torsten Fischer, Leiter der Abteilung »Presse- und Öffentlichkeitsarbeit« am Helmholtz-Zentrum Geesthacht.

Michael Behrendt aus dem Umweltbeirat der Stadt Geesthacht sagt: *»Ich habe meine Skepsis gegenüber den Betreibern von Atomanlagen nicht aufgegeben und durch blindes Vertrauen ersetzt, sehe jedoch mit dem HZG die Chance, eine offene Diskussion auf Augenhöhe zu führen, da der Gesprächspartner als staatliche Forschungseinrichtung zum einen selbst Interesse an einem gesellschaftlichen Konsens hat und zum anderen nicht kommerzielle Interessen im Vordergrund stehen. Zudem habe ich durch die bisherige Arbeit Vertrauen in die Personen der Dialoggruppe (HZG, wir (= die Begleitgruppe, S.F.), Moderation) gefasst und gehe von einem aufrichtigen und ehrlichen Miteinander aus.«*

»Am meisten hat mich bis jetzt beeindruckt, wie Menschen mit so verschiedenen Grundeinstellungen partnerschaftlich ein solches Projekt begleiten«, resümiert Jörg Kunert aus der Begleitgruppe das erste Jahr des gemeinsamen Wegs.

Der Dialog-Prozess befindet sich nach einem Jahr noch am Anfang. Angelegt ist er für die gesamte Dauer des Abbaus der Anlagen: also für mindestens zwölf Jahre.

Zusammenfassung:

	Bedingungen für einen gelungenen Dialog-Prozess
1	Klärung der generellen Dialogbereitschaft, konsequente doppelte Richtung der Auftragsklärung von Anbeginn.
2	Wahrnehmung der Moderation als allparteilich, Zustimmung beider Seiten zur Person
3	Heterogene Zusammensetzung von Dialoggruppen, in denen die vielfältigen, teils gegensätzlichen Interessen, Bedürfnisse und Werte der Betroffenen repräsentiert sind.
4	Ausreichend Zeit für Diskurse einplanen und ggf. geplante Zeitabläufe gemeinsam verändern.
5	Zeitnahe gemeinsam errungene Konsense, bei denen die »Machthabenden« von ihrer ursprünglichen Position abrücken und sichtbar Nachteile in Kauf nehmen.
6	Geschützter Rahmen durch den Ausschluss der Medien

7	Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit
8	Moderierte Treffen der Begleitgruppe
9	Einvernehmliches Hinzuziehen von Expert/innen
10	Transparenz der Bewertungsgrundlagen: Vorträge, Gutachten zum Download zur Verfügung stellen
11	Klare schriftlich fixierte Vereinbarungen über die Zusammenarbeit
12	Vereinbarung über Entscheidungsfindung im Konsens
13	Bewusstsein aller Beteiligten über den Handlungsspielraum mit seinen Beschränkungen durch Gesetzgebung oder andere Rahmenbedingungen

Hinweis

Dieser Beitrag erscheint in: Christoph Besemer et al.: »Politische Mediation – Prinzipien und Bedingungen gelingender Vermittlungen in öffentlichen Konflikten«, Bonn 2014, Verlag Stiftung Mitarbeit, 212 S., 12,00 Euro, ISBN 978-3-941143-17-3

Information und Bestellung unter:

[http://www.mitarbeit.de/pub_einzelansicht.html?&tt_products\[backPID\]=39&tt_products\[product\]=83&tt_products\[cat\]=3&cHash=57361a4054966fooe4dfoff6d33dobf2](http://www.mitarbeit.de/pub_einzelansicht.html?&tt_products[backPID]=39&tt_products[product]=83&tt_products[cat]=3&cHash=57361a4054966fooe4dfoff6d33dobf2)

Anmerkungen

(1) vgl. www.asse-2-begleitgruppe.de

(2) Zwischen HZG und Vorbereitungsgruppe, späterer Begleitgruppe besteht ein Machtgefälle: Das HZG und vor allem die Person des Reaktorleiters haben das Recht, allein zu entscheiden. Sie geben in diesem Dialogverfahren freiwillig Macht ab und suchen gemeinsam nach einvernehmlichen Lösungen.

Autorin

Silke Freitag ist Dipl.-Sozialpädagogin, Dipl.-Psychologin, Mediatorin BM und Ausbilderin BM. Außerdem ist sie Dozentin in den Bereichen Konfliktmanagement, Kommunikation und Mediation. Sie leitet Mediationsausbildungen am Institut für Konfliktaustragung und Mediation (ikm) sowie an der Universität Hamburg.

Kontakt

Silke Freitag

Telefon: (0 41 86) 89 15 85

E-Mail: mail@scfreitag.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de